



Staatschefin Johnson-Sirleaf, Soldateska in Monrovia 2003: „Sie hat uns höchstens 20 Prozent der Wahrheit gesagt“

LIBERIA

## „Anleitung zum Chaos“

Die Wahrheitskommission spaltet das vom Bürgerkrieg traumatisierte Land: Ehemalige Warlords wehren sich gegen eine Anklage, die Präsidentin will auf eine zweite Amtszeit nicht verzichten.

**D**r. Jekyll trägt einen gutsitzenden Anzug, einen akkurat geschnittenen Bart und hat einen verstümmelten Mittelfinger. Er sitzt in seinem Büro im Abgeordnetenhaus von Monrovia. Neben sich hat er die Flagge von Liberia aufgefanzelt.

Auf dem Schreibtisch liegt das Buch „Parlamentarier als Friedensstifter“. Dr. Jekyll sagt: „Wir wollen hier keinen Ärger mehr. Wir wollen Frieden.“ Dr. Jekyll heißt eigentlich Prince Johnson, ist 50 Jahre alt und Senator in Liberias Oberhaus.

Es gab Zeiten, da ist Prince Johnson auch als Mr. Hyde aufgetreten. Ein Bericht der liberianischen Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC) hat ihm soeben einen Spitzenplatz unter den Kriegsverbrechern des Landes zugewiesen. Drei Jahre lang hat der Ausschuss die Gräueltaten des Bürgerkriegs untersucht, dem zwischen 1989 und 2003 etwa 250 000 Liberianer zum Opfer gefallen sind. Weit mehr als eine Million Menschen wurden damals vertrieben, mehr als die Hälfte aller Frauen vergewaltigt, 700 000 Flüchtlinge setzten

sich ins Ausland ab – ein verheerender Aderlass für ein Land von heute gut 3,5 Millionen Einwohnern.

Johnson zu überführen war nicht weiter schwierig. In Monrovia kursierte lange ein Video, das zeigt, wozu er fähig ist. Darauf werden dem damaligen Präsidenten Samuel Doe die Ohren abgeschnitten, Johnsons Soldateska schiebt Doe die blutigen Fetzen in den Mund, derweil schlürft Johnson genüsslich ein Bier. Das Video ist zwar 19 Jahre alt, aber es gibt viele weitere Gräuelt, die von Prince Johnson überliefert sind.

Und Johnson ist nicht der einzige mutmaßliche Täter, den die Kommission nach Anhörung von mehr als 22 000 Zeugen als Kriegsverbrecher bloßgestellt hat. Der 380 Seiten lange Bericht nennt eine ganze Reihe von Politikern und Geschäftsleuten, darunter auch die Präsidentin des Landes. Ihr und 49 Mittätern wird nahegelegt, nach ihrer derzeitigen Amtsperiode 30 Jahre lang kein Mandat mehr zu übernehmen. Ein harter Kern von acht Kriegstreibern soll vor ein spezielles Tribunal gestellt wer-

den, darunter auch Johnson und jener Charles Taylor, der sich bereits vor einem internationalen Sondergericht in Den Haag für seine Grausamkeiten im Nachbarland Sierra Leone verantworten muss.

Die Aufarbeitung ihrer blutigen Vergangenheit ist eine Aufgabe, der sich viele Staaten in Afrika stellen müssen: In Sierra Leone und in Südafrika haben entsprechende Kommissionen ihre Arbeit abgeschlossen. Kenia ringt um die Aufklärung seiner mörderischen Unruhen von 2008, in Ruanda haben Dorfgerichte über den Mord an bis zu 800 000 Tutsi vor 15 Jahren geurteilt. Im Sudan, in Simbabwe, im Osten des Kongo, vielleicht sogar in Somalia steht die Auseinandersetzung mit der eigenen blutigen Geschichte erst noch bevor.

So notwendig die Beschäftigung mit den Gräuelt der Vergangenheit auch sein mag, zum Frieden zwischen den verfeindeten Gruppen führt sie nicht in jedem Fall. Seit die Kommission ihren Bericht Anfang Juli in Monrovia veröffentlicht hat, herrscht Aufruhr im Land. Mitglieder der Kommission erhalten Morddrohungen, die ehemaligen Warlords drohen mit Widerstand, und die Präsidentin, bislang von aller Welt als Friedensbringerin gefeiert, sucht hinter den Kulissen nach einer Chance, ihr Gesicht zu wahren und im Amt zu bleiben.

Liberia hat eine besondere Geschichte. Von freigelassenen amerikanischen Sklaven 1847 gegründet, war das Land, flächenmäßig etwa so groß wie die frühere DDR, lange Zeit einer der wenigen unabhängigen afrikanischen Staaten. Und es war lange



ein Hort der Stabilität. Bis 1980 Stabsfeldwebel Samuel Doe, wohl von den Amerikanern unterstützt, den amtierenden Präsidenten umbrachte und Liberia in eine blutige Diktatur verwandelte. 1989 begann der Warlord Charles Taylor seinen Marsch auf Monrovia; im September 1990 beendet Prince Johnson, der kurz zuvor von Taylor abgefallen war, Does Herrschaft. Es war der Anfang eines Bürgerkriegs, der Liberia in ein Schlachthaus verwandelte.

Erst 2003 unterzeichneten sämtliche Kriegsparteien einen Friedensvertrag, Charles Taylor, 1997 zum Präsidenten gewählt, verließ auf internationalen Druck das Land, 2005 wurde Ellen Johnson-Sirleaf in einer unbestritten demokratischen Wahl zur neuen Präsidentin bestimmt.

Die damals 67-Jährige startete furios. Sie setzte die Bekämpfung der Korruption ganz nach oben auf ihre Prioritätenliste, sie fuhr die Schulden zurück, sie suchte den Kontakt zu Investoren. Wie nur wenige andere afrikanische Staatsoberhäupter forderte sie Simbabwe Diktator Robert Mugabe zum Rücktritt auf.

Und sie hatte Erfolg. Die Wirtschaft wuchs, die Inflation sank zuletzt, Investoren meldeten sich zurück, die Demobilisierung von über 200.000 Kämpfern, darunter unzählige Kinder, gelang. Zwar müssen immer noch 11.400 Uno-Soldaten die Sicherheit im Land garantieren, aber einstweilen schien der Frieden nach Liberia zurückgekehrt.

Der forsche Auftritt der Präsidentin fand viel Beifall. Kanzlerin Angela Merkel, die sich von Afrikas Potentaten sonst eher fernhält, lobte Johnson-Sirleafs „beeindruckenden Mut“ und erließ Liberia 268 Millionen Euro Schulden. Der damalige US-Präsident George Bush verlieh ihr den Freiheitsorden, die Schweden haben ihr soeben ein 100 Millionen Dollar schweres Entwicklungspaket zugesagt, keine Kleinigkeit bei Liberias Jahresbudget von 273 Millionen Dollar.

Ellen Johnson-Sirleaf war die Saubere Frau des Kontinents. Kaum jemand rechnete damit, dass die Harvard-Absolventin sich in den Jahren des Bürgerkriegs etwas hatte zuschulden kommen lassen.

Und nun diese Vorwürfe.

Gewiss, sie hatte eingeräumt, 1989 im amerikanischen Exil 10.000 Dollar an Charles Taylor gespendet zu haben. Doch das war zu einer Zeit, als Diktator Doe noch regierte und sich viele Liberianer im In- und Ausland zusammentaten, um ihn loszuwerden. Schon bald darauf, so ihre Aussage vor der Kommission, habe sie sich von Taylor getrennt. Doch das war offenbar nur ein Teil der Wahrheit.

Massa Washington, 45, diente als eines von neun

Mitgliedern der Wahrheits- und Versöhnungskommission. Für die Journalistin war es eine schmerzliche Erfahrung: Zeugen hatten von Kannibalismus berichtet, von herausgeschnittenen Herzen und an die Wand geschleuderten Babys, von Massakern und wehrlosen Opfern, die Löwen zum Fraß vorgeworfen wurden – der Kommission blieb nichts erspart.

Washington kennt Johnson-Sirleaf seit 1985, als sie die damalige Oppositionspolitikerin im Auftrag des Internationalen Ro-



Angeklagter Taylor\*: Herausgeschnittene Herzen

ten Kreuzes im Gefängnis besuchte. Staatschef Doe hatte sie einsperren lassen. „Ellen war immer eine starke Frau“, sagt Washington, „sie war unsere Heldin.“ In ihrem Büro hängen Bilder von ihr und Ellen Johnson-Sirleaf aus gemeinsamen Tagen.

Es ist ihr nicht leichtgefallen, die Präsidentin in einem anderen, in einem düsteren Licht zu sehen. Aber es blieb ihr keine Wahl. „Sie hat uns höchstens 20 Prozent der Wahrheit erzählt“, sagt Washington. „Tatsächlich war da viel, viel mehr. Und ihre Unterstützung für Taylor währte viel länger, als sie uns gesagt hat.“

Unangenehm für die Präsidentin ist zudem, dass auch Charles Taylor vor wenigen Tagen in Den Haag bezeugt hat, Johnson-Sirleaf sei noch Mitte der neunziger Jahre die internationale Koordinatorin seiner Partei gewesen.

Vier Wochen lang schwieg die Präsidentin zu dem Bericht der Kommission. Dann, am vergangenen Montag, bezog sie erstmals Stellung. Sie wiederholte ihre Version von einer nur kurzzeitigen Unterstützung

für Taylor und machte damit klar: Sie will die Empfehlung der Kommission ignorieren und 2011 für eine weitere Amtszeit kandidieren.

Die Präsidentin ist nicht die Einzige, die sich gegen den Kommissionsbericht wehrt. Sieben ehemalige

Warlords, die sich bisher eher lautstark befehdet haben, gaben eine gemeinsame Erklärung heraus. Der Report „untergräbt die demokratische Regierung und die Stabilität in Liberia“, verkündeten sie.

Prince Johnson war einer der sieben. „Warum verfolgt man uns, und warum haben andere eine Amnestie erhalten?“, fragt er, und seine Arme fahren aus, als ob er immer noch auf einem Feldherrnhügel stünde. „Warum gab es keine Gegenüberstellung mit den Zeugen? Ist das fair?“, dröhnt er. „Ich habe mich von Taylor getrennt, weil seine Leute zu brutal waren. Ich habe Vergewaltiger unter meinen Leuten sofort exekutieren lassen.“ Er brüllt sich in Rage, so laut, dass seine Verteidigungsrede auch am anderen Ende des Flurs problemlos mitzuverfolgen ist.

Nun tobt der Streit im Land. Menschenrechtsorganisationen und 60 andere Bürgerrechtsgruppen fordern, die Empfehlungen der Kommission umzusetzen. Die Warlords haben angekündigt, sich dem Verdikt der Kommission mit allen Mitteln zu widersetzen.

Nicht nur die Täter wollen vergessen und verdrängen. Das wollen auch viele Liberianer, die an einem raschen Wiederaufbau interessiert sind. Sie möchten das Grauen hinter sich lassen und nach vorn schauen.

Steve Johns ist einer von ihnen. Johns ist 37, Vater von drei Kindern, Ingenieur, hat seinen eigenen Vater und einen Bruder im Krieg verloren. Zu Fuß ist er damals auf einem langen Fußmarsch aus dem Land geflohen und hat im Ausland studiert. Heute wird er dafür bezahlt, die zwei Dutzend Geldautomaten Liberias in Schuss zu halten.

„Die Kommissionsempfehlungen sind eine Anleitung zum Chaos“, sagt er in seinem Hinterhofbüro in der Unterstadt von Monrovia. Auf seinem Schreibtisch stapeln sich Akten und Kabel, Zangen und CDs. „Zum ersten Mal haben die Warlords von früher wieder zusammengehalten“, sagt er. „Und wenn es wieder losgeht, sind sie nicht zu stoppen. Man sollte die Vergangenheit ruhen lassen.“

Massa Washington sieht das grundsätzlich anders. Sie war in den vergangenen drei Jahren dem Grauen zu nahe. Obwohl sie auf ihrem Handy bereits Morddrohungen erhalten hat, ist sie von ihrer Mission überzeugt: „Wenn mich Präsidentin und Warlords gleichermaßen hassen – dann habe ich einen guten Job gemacht.“ Vor dem Büro spielen ihre Kinder. Sie können nicht länger ohne Aufsicht bleiben. Und dennoch sagt sie: „Meine Hoffnung ist größer als meine Angst.“ HORAND KNAUP



\* Vor Gericht in Den Haag 2008.